Namslauer Stadtblatt.

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

62. Jahrgang. **Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden** Fernsprecher 94.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1,20 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. Offerten- und Auskunftsgebühr 10 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 12 Goldpfennig für Auswärtige 20 Goldpfennig im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 50 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. Für Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

Nr. 206. | Verantwortlich für Schriftleitung: Franz Otto, Namslau. | Dienstag, den 2. Dezember. | Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. | **1924.**

Die Umwandlung der Rentenbank.

Berlin, 29. November. Nachdem, wie gemeldet, der Reichsrat die Verhandlung über die Umwandlung der Rentenbank in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut auf den Einspruch Preußens von der Tagesordnung abgesetzt und damit die Beratung der Angelegenheit um mehrere Wochen verschoben hat, beabsichtigt nunmehr, nach einer Korrespondenzmeldung, die Reichsregierung die Umwandlung der Rentenbank in eine landwirtschaftliche Kreditbank auf dem Verordnungswege durchzuführen. Das preußische Kabinett hat demgegenüber nach der Meldung derselben Korrespondenz in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sich der beabsichtigten Umwandlung der Rentenbank auf dem Wege des § 48 der Reichsverfassung zu widersetzen. Angeblich wird dieser Widerstand der preußischen Regierung damit begründet, daß der Entscheidung des neuen Reichstages nicht vorgegriffen werden dürfe, und daß die Zuführung von Krediten an die Landwirtschaft auf anderem Wege möglich wäre. Hierzu ist zu bemerken, daß die in den letzten Tagen der Oeffentlichkeit übermittelten wiederholten Auslassungen des amtlichen Preußischen Pressedienstes zu der Vermutung Anlaß geben, daß es sich bei diesem Widerstande weniger um sachliche, als um politische Gründe handelt.

Vorübergehende Aufhebung des Umzugsverbotes.

Berlin, 28. November. Im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen, die eine möglichst weitgehende Ausnutzung der verfassungsmäßigen Versammlungsfreiheit wünschenswert erscheinen lassen, hat der Minister des Innern in Erweiterung und Abänderung seines Runderlasses vom 4. November die Oberpräsidenten ermächtigt, in der Zeit bis zum 7. Dezember einschließlich Ausnahmen von bestehenden Versammlungs- und Umzugsverboten für alle Veranstaltungen zuzulassen, sofern die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung gewährleistet ist.

Reichsrat.

Berlin, 29. November. Der Reichsrat hielt am Donnerstag abend eine öffentliche Vollsitzung ab. An Vorlagen ist u. a. der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches eingegangen, der den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurde. Die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eingebrachte Vorlage eines Entwurfes über die Errichtung der Rentenbankkreditanstalt und der vorläufige Entwurf der Satzungen der Rentenbankkreditanstalt wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Schließlich beschäftigte sich der Reichsrat mit einer Vorlage der Reichsregierung über Festsetzung der den Gemeinden zur Deckung der Kosten der Reichstagswahlen zu überweisenden Beträge. In der Vorlage der Reichsregierung ist eine Staffelung vorgesehen, derart, daß je nach Größe der Städte für jeden einzelnen Wähler 1,3 bis 4,2 Pfennig aus Reichsmitteln erstattet werden sollen. Diesem Vorschlage haben die Ausschüsse zugestimmt und außerdem beschlossen, daß in solchen Gemeinden, wo eine amtliche Benachrichtigung der Stimmberechtigten stattfindet, ein Zuschlag von 20 Prozent aus der Reichskasse gewährt wird. Hiermit erklärte sich die Reichsregierung einverstanden. Als Pauschquantum war in der Regierungsvorlage dieselbe Summe angenommen worden, wie für die Wahlen am 4. Mai. In den Ausschüssen des Reichsrates hätte man es gern gesehen, wenn für die Dezemberwahlen dazu noch ein Zuschlag von 20 Prozent bewilligt würde, da den Gemeinden, namentlich für Heizung und Beleuchtung, im Dezember größere Kosten erwachsen werden als seinerzeit im Mai. Angenommen wurde vom Plenum, das im übrigen den Ausschußbeschlüssen beitrat, ein Vermittlungsantrag der Regierung, wonach in solchen Gemeinden, in denen die Zahl der Stimmberechtigten nachweislich höher war als am 4. Mai, der Mehrkostenbetrag von der Reichskasse nachgezahlt werden soll.

Die Erhöhung der Renten.

Berlin, 29. November. In Anlehnung an die Veränderung der Grundgehälter der Reichsbeamten tritt, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, mit Wirkung vom 16. November auch bei den Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz eine Aenderung ein. Der für die Erhöhung der Versorgungsgebührnisse maßgebende Prozentsatz ist deshalb nicht der gleiche wie bei der Besoldungsgruppe 1, weil dort die Grundgehälter erhöht wurden, während aus Gründen der erleichternden Berechnung bei den Renten eine prozentuale Erhöhung auf die nach dem Stande vom 1. August 1924 feststehenden Beträge geschlagen wird. Infolge der Kürze der Zeit kann bei der Dezemberzahlung die Erhöhung nicht mehr berücksichtigt werden. Bei der Januarzahlung sind daher zu gewähren: 1. Grundbetrag für Januar nach dem Stande vom 1. August, 2. 15 Prozent Erhöhung für Januar, 3. 11 Prozent Nachzahlung für Dezember, 4. 6 Prozent Nachzahlung für November, insgesamt also Grundbetrag plus 32 Prozent Rentenerhöhung. Beim Reichsarbeitsministerium hat der Reichsbund beantragt, die Versorgungsgebührnisse für Januar einschließlich der rückständigen Erhöhungen schon vor dem Weihnachtsfeste auszuzahlen.

Der Reichshaushaltsentwurf für 1925.

Berlin, 29. November. Gegenüber der Meldung, daß der Reichshaushaltsentwurf für 1925 mit einem Ueberschuß von über 2½ Millionen Reichsmark abschließt, wird vom Reichsfinanzministerium festgestellt, daß es sich hier nur um den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung handelt, während die übrigen Teile des Haushaltsplanes, die in der Hauptsache Ausgabenetats der einzelnen Reichsverwaltungszweige darstellen, unberücksichtigt bleiben. Berücksichtigt man diese Ausgabenetats, so ergibt sich, daß der Entwurf für 1925 sich im ordentlichen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben zwar ausgleicht, im außerordentlichen Haushalt dagegen ein Defizit aufweist. Ein Pauschalbetrag von 300 Millionen Mark für Mehraufwendungen an Besoldungsausgaben stellt den Bedarf dar für die beschlossene Besoldungserhöhung und für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses einschließlich der Rückwirkungen auf Pensionäre, Kriegsbeschädigte usw., Reserven für eine künftige Besoldungserhöhung sind darin nicht enthalten.

Kinder des Rheins.

Roman von Anny Wothe.

Alle Rechte, auch das der Uebersetzung, vorbehalten.
Copyright 1918 by Anny Wothe-Mahn, Leipzig.
(Nachdruck verboten.)

(57. Fortsetzung.)

Jetzt ging es über die Schiffsbrücke nach Ehrenbreitstein. Die Festung lag im schimmernden Sonnenglanz und Gerdes wußte nicht, wie es kam, das Herz begann ihr stürmisch zu klopfen, sie wußte selbst nicht, ob vor Weh oder Lust.

Wo der Weg nach dem vielbesuchten Wallfahrtsort abzweigt, hielt das Auto und der Kommerzienrat stieg aus.

Gerdes hielt einen Augenblick fest des Vaters Hand.

„Sie war schön, diese Morgenfahrt", sagte sie innig. „Wie ein köstliches Geschenk trage ich sie in meinem Herzen, denn ich weiß, daß der beste aller Väter mir nicht wehren wird, wenn ich handle, wie mein Herz es mir vorschreibt."

„Ja Kind", nickte ihr Vater gütig zu. „Ich habe einsehen gelernt, daß es töricht ist, Schicksal spielen zu wollen. Bau dir das deine, so gut du kannst, und Gott möge mit dir sein."

Er wandte sich schnell und schritt die Straße entlang und Gerdes fuhr sinnend den Weg nach Arenberg weiter.

Als das Auto hielt, blickte sie einen Augenblick wie verstört um sich. Hatte nicht jemand ihren Namen gerufen? Sie gab dem Führer Weisung, wo er sie erwarten sollte, dann schritt sie leicht aufatmend der Kirche zu. Ein Pilgerzug kam ihr entgegen mit Kirchenfahnen und frommen Gesängen.

Gerdes schlug andächtig das Kreuz und trat in die Kirche mit ihren schönen Glasgemälden, die geheimnisvolles Licht verbreiten.

Hier vor der Kreuzigungsgruppe am Hochaltar, hatte sie als Kind mit ihrer Mutter gekniet und betend hob sie nun die Hände zu dem Gekreuzigten empor.

„Hilf mir du, Allerbarmer", rief ihr Herz, aber der Mund blieb stumm.

Zögernd verließ sie, an den frommen Betern vorüberschreitend, die Kirche.

Sie nahm die Lederkappe von dem blonden Haar. Ihr war heiß geworden, jetzt, wo ihr der Herbstwind nicht mehr in das Gesicht blies und mit einem bangen Seufzer ging sie an den religiösen Anlagen vorüber, die sich an die Kirche schlossen.

Die stimmungsvollen Gruppen, die in Lebensgröße ausgeführten Statuen, waren ihr seit ihrer Kinderzeit vertraut. Gerdes hatte das Gefühl, als hätte ihr jede etwas zu sagen, als müßte ihr jede einzelne ein Trostwort zuflüstern.

Der Oelberg mit dem betenden Christus, die Gruppe von Lourdes, der heilige Antonius vor dem Jesuskinde kniend, alle grüßten sie lieb und vertraut. Andachtsvoll kniete Gerdes hier und da nieder, dann schritt sie dem kleinen Kirchhof zu, der ganz im Sonnengolde lag. Purpurn glühte es an Baum und Strauch. In der Luft schwebte ein Duft wie von sterbenden Rosen.

Gerdes Goldhaar flimmerte im Sonnenschein. Die zitternde Hand strich die wirren Löckchen aus der Stirn.

Wie einsam und märchenstill es war, so still, daß ein Schauer durch die junge Menschenseele ging.

„Nur Mut", dachte sie, und keine Empfindlichkeit, wenn ich zurückgewiesen werde."

Aber das Herz war ihr doch schwer, als sie in die Armen-Seelenkapelle trat, durch deren bunte Glasfenster nur spärliches Licht fiel. Gerdes sank an dem kleinen Altar auf die Knie und hob betend die Hände auf zu der schmerzensreichen Gottesmutter.

Sie mußte an die sieben Schwerter denken, die durch Marias Seele gingen und wie die heilige Jungfrau ihre törichten Streiche getragen. Da wurde ihr Herz ganz leicht und froh. Mit raschen Schritten trat sie wieder in den Kirchhof, wo in dem bunten Blättergewirr tröstend und verheißungsvoll das große Kreuz ragte, das der alte Pfarrer Kraus, der Gründer von Arenberg, hier einst errichten ließ und gerade unter dem Kreuz — da stand — Gerdes blieb fast vor Schreck das Herz stehen — Jochen von Winkel und blickte ihr mit geweiteten Augen entgegen.

Sein leicht gebräuntes Gesicht zeigte eine auffallende Blässe, als er den Hut zog und Gerdes gewahrte deutlich, daß er im Begriff stand, sich zu wenden und ohne ein Wort auf und davon zu gehen.

Mit wenigen Schritten hatte sie ihn eingeholt.

Ihre Lippen zitterten leicht, und Purpurglut überflammte ihr zartes Gesicht, als sie hervorstieß:

„Sie dürfen mir nicht ausweichen, Herr von Winkel, Sie müssen mich anhören, wo uns der Zufall so unverhofft zusammenführt."

„Der Zufall?" fragte er spöttisch. „Ich bin durchaus nicht zufällig hier, mein gnädiges Fräulein. Ihr Herr Vater forderte mich gestern durch einen Eilbrief auf, wegen einer sehr wichtigen Besprechung mit ihm, mich hier einzufinden."

(Fortsetzung folgt.)

Staatliche Lotterie - Einnahme
Haesler
Ziehung 3. Klasse am 12. und 13. Dezember 1924.

Zigarren-, Zigaretten-Import
Haesler
Namslau-Bernstadt.

Das Weihnachtsschiff für Deutschland.

Berlin, 29. November. Aus Newyork wird gemeldet: Das Weihnachtsschiff für Deutschland verließ gestern den Newyorker Hafen mit Gaben für bedürftige Witwen und Waisen, vor allem mit Kleidungsstücken und Lebensmitteln. Der Dampfer ist von der Hamburg-Amerika-Linie gestellt worden.

Polnischer Zollkrieg gegen Deutschland.

Verdoppelung der Zölle.

Berlin, 29. November. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von unterrichteter Seite erfährt, hat die polnische Regierung eine Verordnung herausgegeben, daß auf Waren aus allen Staaten, mit denen ein Vertragsverhältnis bezüglich der Zölle nicht besteht, ein Zoll in Höhe von 100 Prozent gelegt wird. Dies gilt auch für alle Warengattungen, die bisher zollfrei eingeführt werden konnten. Die polnische Regierung beabsichtigt zweifellos, durch diese Maßregel die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu beeinflussen, damit sich die Deutschen den Forderungen Polens nachgiebiger zeigen. Es wird in dieser Hinsicht betont, daß auf Grund der Handelsstatistik, wonach die Ausfuhr Polens nach Deutschland die Hälfte der gesamten Ausfuhr Polens beträgt, Polen von bedeutend größerem Interesse als Deutschland an einem möglichst schnellen Abschluß eines Handelsvertrages hat, zumal am 5. Juni 1925 das Genfer Abkommen über die polnischen Ausfuhrkontingente abläuft.

Ausweisung der Optanten?

Berlin, 29. November. Eine Korrespondenzmeldung aus Warschau erinnert daran, daß am 20. August dieses Jahres in Wien das polnisch-deutsche Akommen abgeschlossen wurde, das die Ausweisung von 35 000 Personen aus Polen vorsieht, die für Deutschland optiert haben. Auf Grund dieses Abkommens können auch 5000 Polen, die für Polen optiert haben, aus Deutschland ausgesiedelt werden. Im Zusammenhang mit der Ausführung dieses Abkommens, das im August nächsten Jahres beginnen soll, befindet sich zurzeit in Warschau der polnische Generalkonsul in Berlin und der polnische Konsul in Essen, um im Außenministerium die Einzelheiten des Abkommens zu besprechen. Ob dieses Abkommen mit der Ausweisung einer solchen Riesenzahl von Menschen durchgeführt wird, erscheint zurzeit noch zweifelhaft.

Polnische Liquidationen deutschen Eigentums.

In dem uns geraubten Posen nimmt das Enteignungsverfahren gegen die deutschen Grundbesitzer rapiden Fortgang, und auch humanitäre Einrichtungen, die friedlich und zum allgemeinen Segen wirkten, werden nicht verschont. So ist z. B. jetzt durch eine Bekanntmachung des Vorsitzenden des Hauptliquidationsamtes das Vermögen früherer Zweigvereine des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin, die man gewaltsam aufgelöst hatte, zum Verkauf bestimmt worden. Es handelt sich um Grundstücke mit Kinderheimen bezw. Krankenhäusern in Bentschen, Strelno, Kruschwitz, Obornik, Usch, Stargard, Gnesen u. a. Außerdem sind neuerdings wieder gegen zwanzig deutsche Siedlungen und Grundstücke mit industriellen und gewerblichen Betrieben in verschiedenen Orten der Provinz Posen zur Liquidierung bestimmt worden.

Heimkehr des Generals von Nathusius.

Kassel, 27. November. General von Nathusius traf heute nachmittag gegen 6 Uhr von Bebra kommend hier ein. Am Bahnhof hatten sich zum Empfang außer der Gattin und mehreren Bekannten des Generals die Spitzen der Behörden und eine zahlreiche Menge eingefunden. Oberpräsident Dr. Schwander hielt eine kurze Ansprache, in der er den General namens der Provinz willkommen hieß und im besonderen der allgemeinen Ueberzeugung, daß das Liller Kriegsgerichtsurteil ein Fehlspruch sei. Ausdruck gab Der General, der lebhaft begrüßt wurde, setzte dann im Automobil seine Fahrt nach Wilhelmshöhe fort.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Belgien.

London, 29. November. Wie zu befürchten war, ist die Konferenz zwischen den deutschen und den belgischen Handelsvertragsunterhändlern nicht weitergekommen. Bisher wurde kein Weg gefunden, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, da die 26prozentige Ausfuhrtaxe einem wirklich brauchbaren Handelsvertrag entgegensteht. Die belgischen Vertreter erklärten neuerdings, daß das belgische Handelsamt nicht von dem bisher eingenommenen Standpunkt abgehen könne. Der deutschen Delegation bleibe nichts anderes übrig, als in Berlin anzufragen, ob ihr Vollmachten gegeben würden, über andere Vertragsformen zu verhandeln. Im übrigen werden die Arbeiten am Montag wieder aufgenommen werden, und wenn bis dahin keine Lösung gefunden werden wird, so wird nichts anderes übrig bleiben, als die Frage zu erwägen, ob unter diesen Umständen ein Vertragsentwurf unterzeichnet werden kann, nachdem die deutschen Vertreter mit aller Bestimmtheit erklärt haben, daß der Reichstag keinen Vertrag ohne Aenderung der Methode der 26prozentigen Abgabe annehmen würde. Gestern wurde die Zeit vorzugsweise dafür benutzt, um den deutschen Text des Handelsvertrages mit den Beamten des Handelsamtes durchzugehen, über den man sich, so gut es ging, einigte. Die letzte Entscheidung wegen der Frage der 26prozentigen Ausfuhrtaxe wird wahrscheinlich dem Generalagenten Gilbert überlassen bleiben müssen.

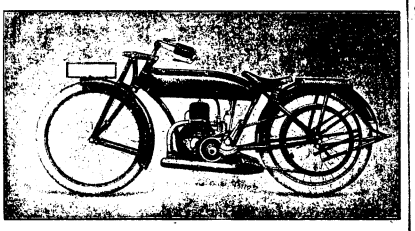
Die Lage in Aegypten.

London, 29. November. Bei den Angriffen der englischen Truppen auf die Kompagnie des 11. sudanesischen Bataillons, welches meuterte, hatten die Sudanesen zahlreiche Tote und Verwundete. Auch bei den anderen Kompagnien des 11. Bataillons kamen Fälle von Unruhen vor, und es wird bemerkt, daß das 11. Bataillon bereits im August, als es unter der Führung ägyptischer Offiziere stand, meuterte. Diesmal aber sei der Fall schwerer, weil die ägyptischen Offiziere bereits abgezogen waren und die sudanesischen Truppen dennoch meuterten.

Die Wirren in China.

London, 29. November. „Times" melden aus Tokio: Es verlautet, der Präsident von Südchina, Dr. Sunjatsen, habe sondiert, wie weit Japan China unterstützen würde, wenn dieses sich bemühe, die Exterrritorialität der Ausländer abzuschaffen. Es wird auch für wahrscheinlich gehalten, daß er Besprechungen wegen einer Anleihe geführt hat. Eine solche kommt aber, wie es heißt, nicht in Frage. Laut „Daily Mail" hat Dr. Sunjatsen in Tokio erklärt, Japan habe bereits Großbritannien in China auf industriellem Gebiete geschlagen, sei aber bezüglich der Banken, der Eisenbahnen und der Schiffahrt noch im Hintertreffen. Sunjatsen erklärte weiter, im Augenblick, wo China im Begriff sei, seine Autonomie in der Frage der Zölle wiederzuerlangen, sei er fest überzeugt, daß Japan imstande sein werde, seine Stellung auf den erwähnten Gebieten zu verbessern.

London, 29. November. Aus Peking wird gemeldet: Der neugewählte Präsident Tuandschijui beabsichtigt, mit dem ehemaligen Kaiser von China ein neues, gerechteres Abkommen bezüglich seiner Abfindung zu treffen.



D.K.W.! Das kleine Wunder

Steuerfrei, ohne Führerschein zu fahren. Nimmt mit 2 Personen die größten Steigungen. Im Betrieb sparsam und zuverlässig. Die neuesten Modelle immer am Lager

Thienel, Namslau, Rathaus.

Lokales.

Nachdruck unserer Originalberichte sowie Inserate, auch auszugsweise verboten.

?? **Namslau,** 1. Dezember.

Wenn die Adventglocken läuten.

Im tiefen Winterschlaf ruht die Natur. Mit jedem kommenden Tage senken die dunklen Abendschatten sich früher auf sie hinab. Draußen in den Wäldern singen Axt und Säge der Weihnachtstanne das Totenlied, von den Kirchtürmen der Städte und Dörfer aber grüßen am Abend, wenn das Tagewerk beendet ist, die Glocken den Advent, die Zeit der inneren Einkehr und Vorbereitung zum Weihnachtsfeste. Ein eigenartiger Reiz, der Zauber des Geheimnisvollen, liegt über die letzten vier Wochen des zur Neige gehenden Jahres gebreitet. Weder Ostern noch Pfingsten geht eine so lange Zeit der Vorbereitung voraus, wie Weihnachten, dem Fest der Liebe, der frohen Erwartung und Erfüllung.

Wenn die Glocken den ersten Adventssonntag einläuten, dringt ihr Klang bis in die verhärtetsten Herzen, übertönt die materiellen Sorgen, weckt in tausend Herzen die Erinnerung an das — ach so ferne — Weihnachtsfest der Kindheit im Elternhause, und ein wundersames Verlangen, denen, deren Liebe wir ersehen, etwas Liebes zu erweisen, zieht in uns ein. Immer wieder beschäftigt uns der Gedanke: wie kannst Du Deine Lieben besonders erfreuen? Wer nicht über die nötige Handfertigkeit und Kunst verfügt, die seinem Herzen nahe Stehenden durch eine selbstgefertigte Arbeit zu erfreuen, der prüft die reichen Weihnachtsauslagen in den Schaufenstern der Geschäftsläden und spart sich das Geld zur Weihnachtsüberraschung schon wochenlang vorher am Munde ab. Mit Argusaugen wacht das Töchterlein darüber, daß Vater, Mutter, Bruder und Schwester ja nicht die werdende Handarbeit entdecken, die bilbschnell, wenn nahende Schritte hörbar werden, in der verhüllenden Tischschublade verschwindet; ein jedes der Familienmitglieder hat jetzt irgend etwas zu verstecken, bis zu dem großen Augenblick, da man am heiligen Abend unterm blinkenden Tannenbaum Liebe gegen Liebe austauscht. Die Kinder vergnügen sich beim Kleben der Papierketten für Lichterbaum und genießen beim Herstellen des Baumschmuckes die süße Vorfreude des Weihnachtsfestes, ganz spät aber, wenn sie schon schlafen, macht sich Vater an den Arbeitskasten nnd zimmert ein Kasperle—Theater, eine Puppenstube oder gar eine Elektrisiermaschine zurecht. Freude zu bereiten und Liebes zu erweisen ist die Grundstimmung, die in der Adventszeit die Menschheit durchdringt. Die Gotteshäuser aber durchbrausen, vom Gesange der frommen Beter begleitet, die Orgelklänge des alten Adventsliedes:

Mit Ernst, o Menschenkinder,
Das Herz in Euch bestellt,
Damit das Heil der Sünder,
Der wunderstarke Held,
Den Gott aus Gnad' allein,
Der Welt zum Heil und Leben,
Versprochen hat zu geben,
Bei allen kehre ein!

= **(80. Geburtstag.)** Am vergangenen Sonnabend vollendete Herr Rentier Tarteyna in bester geistiger und körperlicher Frische sein 80. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß gingen ihm mit den Glückwünschen seiner Familie und Verwandten auch von Bekannten und Freunden, soweit diese Kenntnis von dem seltenen Tage erhalten hatten, Gratulationen auf verschiedene Weise zu, wie er sich auch anderer Aufmerksamkeiten zu erfreuen hatte. Von den 80 Jahren verlebte gegen 50 der Jubilar in hiesiger Stadt und er hat es verstanden, sich die größte Wertschätzung in allen Schichten der Bewohnerschaft zu erwerben. Durch das Vertrauen seiner Mitbürger wurde er nach einigen Jahren zum Stadtverordneten und später zum Ratsherrn gewählt und hat in beiden Aemtern verdienstvoll für die Stadt gewirkt. Beim Ausscheiden aus dem Magistratskollegium wurde er zum „Stadtältesten" ernannt. — (Auch wir gratulieren bestens, Herrn Tarteyna noch einen langen, durch nichts getrübten Lebensabend wünschend. D. R.)

= **Volksbildungsverein Namslau.** Wir machen unsere verehrten Leser hiermit nochmals auf die heut Montag, den 1. Dezember in der Krone stattfindenden Vorträge des österreichischen Volksdichters Herrn Dr. Plattensteiner aufmerksam. Es finden 2 Vorträge statt. Der erste beginnt nachmittags 4 Uhr und ist für Schüler bestimmt. Der zweite Vortrag beginnt abends 8 Uhr.

= **Oeffentlicher Vortrag über Rundfunk.** Wie wir hören, beabsichtigt die Ober-Postdirektion in Breslau Mitte Dezember durch den Dezernenten für das Rundfunkwesen einen öffentlichen Vortrag über Rundfunk pp. in Namslau halten zu lassen, auf dem mit Lichtbildern und unter Vorführung von Apparaten die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete des Rundfunks vorgeführt werden sollen. Der Vortrag wird zweifellos nicht nur in der Stadt, sondern auch in den Kreisen der ländlichen Besitzer lebhaftes Interesse hervorrufen, da gerade sie durch Anschluß an den Rundfunk Gelegenheit erhalten, sich großstädtische Konzerte und Darbietungen anzuhören, täglich die Kursberichte und Getreidepreise zu erfassen, ohne ihr Haus verlassen zu müssen. Aber auch allen denen, die bereits an den Rundfunk angeschlossen sind, wird der Vortrag Belehrung und Gelegenheit bieten ihre Erfahrungen über Mängel an den Anlagen und ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Das Nähere wird durch das Stadtblatt bekannt gemacht werden und ist auch durch das Postamt Namslau jederzeit zu erfahren.

= **(Postalisches.)** Vom 15. November ab ist die Anordnung, daß der Meistbetrag einer Postanweisung nach dem Ausland den Gegenwert von 100 Reichsmark nicht übersteigen darf und daß von einem Absender täglich nur eine Postanweisung nach dem Ausland aufgeliefert werden darf, aufgehoben. Ueber die bestehenden Meistbeträge für Postanweisungen nach dem Ausland erteilen die Postanstalten Auskunft.

= **Falsche Rentenbankscheine.** In Ostpreußen tauchen seit einiger Zeit falsche Rentenbankscheine zu 10 Rentenmark auf. Sie sind auf gewöhnlichem Papier ohne Wasserzeichen hergestellt. Schlecht gelungene Versuche, das Wasserzeichen durch Fettdruck nachzuahmen, sind erkennbar; hält man aber die Scheine gegen das Licht, so fällt der Unterschied gegenüber den echten Scheinen sofort auf. Auch sind bei den Falschscheinen Fasern, wie solche bei den echten Scheinen auf der Vorderseite rechts in einem grünlichen Stoffauflauf in größerer Zahl eingebettet sind, nur ganz vereinzelt wahrnehmbar. Das Gesamtbild der Falschscheine in Farbe und Druck ist dem der echten Scheine täuschend ähnlich. Mit um so größerer Sorgfalt ist daher im Verkehr, wie bei allen Rentenbankscheinen, namentlich bei den 10 Markscheinen auf das Vorhandensein des guten Wasserzeichens (Kreuz und Ring) und der echten eingebetteten Fasern zu achten. Nur auf diese Weise kann sich der einzelne vor Verlusten schützen und dabei gleichzeitig, wenn er beim Vorkommen eines Falschscheins die Hilfe der Polizei in Anspruch nimmt, zur Ermittelung der Fälscher und Verbreiter mitwirken. Die Deutsche Rentenbank hat auf die Ermittelung der Fälscher eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Warnung. Nachdruck von Anzeigen.

Die vor einiger Zeit in Hildburghausen neu erschienene Zeitschrift „Papier-Welt" hatte in der Probenummer und einigen weiteren Nummern Anzeigen aus den Zeitschriften „Wochenschrift für Papier und die Papier verarbeitende Industrie" und „Papier-Zeitung" als Füllinserate abgedruckt, ohne einen Auftrag dafür vorliegen zu haben. Es geschah dies auch teilweise unter Benutzung der Matern der „Wochenschrift für Papier usw.", die dem Redakteur der „Papier-Welt", Hans Drabsch, zugänglich waren. Daraufhin erhoben die Verlagsfirmen Dr. Kuester & Co. A.-G. und Karl Hofmann G. m. b. H. in Berlin auf Grund des § 826 BGB und des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb Klage gegen den obengenannten Redakteur und den Verlag der „Papier-Welt", Dr. L. Nonnes Erben in Hildburghausen. Für den 25. September war Termin vor der 21. Zivilkammer des Land-

gerichts I in Berlin angesetzt. Vor dem Gerichtstermin schlossen jedoch beklagter Redakteur und Verlag mit den klägerischen Firmen einen Vergleich, in dem sie den unberechtigten Abdruck der Anzeigen anerkannten und sich verpflichteten, gegen eine sofort zahlbare Strafe von 200 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung Anzeigen aus den beiden genannten Zeitschriften nicht mehr abzudrucken. Der Betrag nebst Verfahrenskosten soll fällig werden, sobald das Schiedsgericht des Verbandes der Fachpresse die Zahlung vorschreibt. Außerdem wurde auf Kosten der Beklagten die Veröffentlichung einer entsprechenden Erklärung angeordnet. — Der vorstehende Fall zeigt, daß hier ein falscher Weg eingeschlagen wurde, um dem Publikum bei einer erst im Werden begriffenen Zeitschrift einen recht umfangreichen Anzeigenteil vorzuführen bzw. vorzutäuschen.

Schiedsspruch im rheinisch-westfälischen Bergbau. Da bei den Lohnverhandlungen im rheinisch-westfälischen Bergbau eine Einigung nicht erzielt wurde, wurde eine Schlichterkammer gebildet, die folgenden Schiedsspruch fällte: Der Tarifschichtlohn des Reparaturbaues wird vom 1. Dezember an auf 6,10 Mark erhöht. Die übrigen Löhne der Lohnordnung verändern sich entsprechend. Im übrigen bleibt die Lohnordnung unverändert. Erklärungsfrist bis zum 29. November. Das bedeutet eine Lohnerhöhung um 8,9 Proz.

— **Französische Deserteure in Franken.** Wie der „Fränkische Kurier" aus Miltenberg in Unterfranken berichtet, wurden in der dortigen Gegend verschiedentlich Deserteure der französischen Besatzungstruppen, namentlich aus der Garnison Speyer, festgenommen.

Textilarbeiterstreik in Lodz. In der Wojewodschaft Lodz hat heute der Generalstreik der Textilarbeiter begonnen, der von den nationalen, christlichen und sozialistischen Gewerkschaften gemeinsam durchgeführt wird.

Neueste Nachrichten.

(Wolff-Depeschen.)

(Depeschen des „Namslauer Stadtblattes.)

Regelmäßiger Dampferverkehr zwischen Hamburg-Newyork.

Berlin, 30. November. Die Hamburg American Linie, die Cunard Linie und die White Star Linie haben, wie wir erfahren, die Einrichtung eines gemeinsamen regelmäßigen Dampferdienstes zwischen Hamburg und Newyork vereinbart. Die Dampfer dieses Dienstes werden auf ihre Ausreise nach Newyork die Häfen Southampton, Cherbourg und Halifax anlaufen. Auf der Rückreise nach Hamburg sollen Plymouth und Cherbourg angelaufen werden.

Untergang von 2 Fischerbarken.

Paris, 30. November. Die Agence Havas meldet aus La Coruna: Zwei Fischerbarken sind in der Nähe des Hafens untergegangen. 14 Mann der Besatzung sind umgekommen.

Ablehnung des Schiedsspruchs im Essener Kohlenrevier.

Essen, 29. November. Der Zechenverband hat beschlossen, den in der Lohnfrage gefällten Schiedsspruch abzulehnen. Zur Begründung der Ablehnung wird auf die in dem Schreiben an den Schlichter enthaltenen Ausführungen über die Unmöglichkeit der Bewilligung einer Lohnerhöhung hingewiesen.

Berlin, 30. November. Wie der hiesige Verband bulgarischer Journalisten aus Belgrad erfährt, wurde in Agram der Führer der republikanischen Bauernpartei, Pernar, verhaftet. Die Verhaftung brachte große Aufregung in die Reihen der republikanischen Bauernpartei.

Paris, 30. November. Wie Havas aus Lissabon berichtet, hat der Finanzminister einen Antrag auf Wiedereinführung der Zolltarife zum Schutze der nationalen Industrie zurückgewiesen.

(Privat-Telegramme.)

Berlin, 1. Dezember.

— Im Lübecker Hochofenwerk stürzte gestern laut Morgenblättern ein Arbeiter infolge eines plötzlichen Schwindelanfalles in den Ofen. Da das Verschwinden erst bemerkt wurde, nachdem einige Ladungen Koks aufgeschüttet waren, war der Körper des Verunglückten von der furchtbaren Glut vollkommen aufgezehrt.

— Nach den „Baseler Nachrichten" wurden im Gotthard-Expreß von italienischen Zollbeamten im Reisegepäck einer deutschen Familie zwischen doppelten Kofferböden 80 Kilogramm vergoldete Waren im Werte von 100 000 Lire gefunden. Die Gegenstände wurden beschlagnahmt und den Schmugglern eine Buße von 40 000 Lire auferlegt.

Kirchliche Nachrichten.

Katholisch-Kirchliches.

Vom 1. bis 8. Dezember hält Herr Jesuiten-Pater Baier in der katholischen Kirche wissenschaftliche Vorträge über „Die modernen Irrlehren und die katholische Wahrheit". (Widerlegung der Adventisten, Methodisten, Ernsten Bibelforschern usw.) Die Vorträge finden statt: Von Montag bis Mittwoch abends 8 Uhr. Für die anderen Tage wird die Zeit bekannt gegeben. — Die Rorate ist nicht, wie gemeldet, um 1/2 7 Uhr, sondern schon um 1/4 7 Uhr. — Nächsten Sonntag ist um 9 Uhr vormittags auch Gottesdienst in Milkau.

Vereinsnachrichten.

Der katholische Jugend-Verein und der katholische Gesellen-Verein haben vom 1. bis 8. Dezember keine Vereins-Veranstaltungen wegen der Teilnahme an obengenannten Vorträgen in der Kirche.

= **Unserer heutigen Gesamtauflage liegt eine Beilage betr. Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei,** bei, die wir einer geeigneten Beachtung empfehlen.

Programm der Schlesischen Funkstunde.

Regelmäßig wochentäglich: 11,15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten (Vorbörse, Berlin). Wetterbericht. 12,05—12,55 Uhr Arbeiterrundfunk. 1,25 Uhr: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschaftsnachrichten (Breslau amtlich). 3 Uhr: Wirtschaftsnachrichten (Berlin amtlich). Tagesneuigkeiten. 5—6 Uhr: Unterhaltungsmusik. — Regelmäßig täglich nach Schluß der Abendveranstaltung: Wetterbericht, Zeitansage, Tagesneuigkeiten.

Montag, 1. Dezember, 7,30—8,15 Uhr: 5. Esperanto-Fortbildungsstunde. Erteilt von Mittelschulrektor Driesler. 8,45 Uhr: Hebbel-Abend.

Dienstag, 2. Dezember, 5—6,15 Uhr: Brahms-Konzert, 7,30—8 Uhr: „Berufswahl der Lyzealschülerinnen", Vortrag von Eleonore Merleker. 8,30—9,15 Uhr: Unterhaltungskonzert, 9,30—10 Uhr: Jazzband-Tanzmusik.

Mittwoch, 3. Dezember, 7,30—8 Uhr: „Das künstlerische Breslau", Vortrag von Kunsthistoriker Bernhard Stephan. 8,30 Uhr: „Schlesischer Heimat-Abend".

Donnerstag, 4. Dezember, 7,30—8,15 Uhr: Englisch, 10. Unterrichtsstunde, erteilt von Valerie Arlt. 8,45 Uhr: Symphonie-Konzert des Schlesischen Landesorchesters.

Freitag, 5. Dezember, 7,30—8 Uhr: „Zur Geschichte der Photographie", Vortrag von Artur Katzbach. 8,30 Uhr: Konzert.

Sonnabend, 6. Dezember, 4,30—5,30 Uhr: Weihnachtsspiel der Hauskapelle für Kinder. 5,30—6 Uhr: Märchen für Kinder, vorgelesen von Hilma Schlüter. 7,30—8 Uhr: „Vom Aberglauben", Vortrag von Clemens Berg. 8,30 Uhr: „Funk-Kabarett".

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 29. November 1924 gezahlten Preisen in Goldmark (1 Goldmark = 1/4,2 Dollar) ab schlesischer Verladestation, Getreide und Oelsaaten in vollen Waggons. Tendenz: Getreide: Fast umsatzlos. — Kartoffeln: Ruhig. — Futtermittel. Mehl: Ohne Umsatz. Sämereien: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	29.	28.	Oelsaaten:	29.	28.
Weizen	22,20	22,20	Winterraps ...	—	39
Roggen	21,20	21,20	Leinsamen	—	40
Hafer	17,00	17,00	Senfsamen	—	48
Braugerste ...	24,50	24,50	Hanfsaat	—	36
Mittelgerste ..	20,50	20,50	Mohn, blau ..	—	96
Futtergerste ..	—	—			

Die Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung.

Speise-Kartoffeln (je 50 kg). Rote 2,20, weiße 2,20. — **Fabrik-Kartoffeln** für das Prozent Stärkegehalt 0,10 Mk.

Jeden Posten **Fabrik-Kartoffeln**
auch angefrorene
kauft laufend
Reichslandbund Ein- und Verkaufs-Aktiengesellschaft
Abt. **Kartoffelflockenfabrik Wilkau** bei Namslau.
Telephon Nr. Namslau 268.

Herzlichen Dank sagen wir Allen, die in liebevoller Weise unsere verstorbene Frau

Margarete Krettek

durch Kranzspenden geehrt haben und durch Worte der Teilnahme uns in unserem grossen Schmerz trösteten.

Chursangwitz, Altstadt, Namslau

Wirtschafts-Inspektor
J. Krettek und Kinder
Familie Emma Gärtner
„ Alfred und Arthur Gärtner
„ Julius Litze.

Dienstag, den 2. Dezember 1924
findet im Saale des Herrn **Opitz, Dt.-Vorstadt**
Militär-Konzert
ausgeführt vom gesamten
Trompeterkorps Reiter-Regiment 8 Oels
unter Leitung des
Herrn Obermusikmeisters Fitting statt.
Anfang 7,30 Uhr — Eintritt 50 Pf.
Der Reinertrag soll als Weihnachtsgabe für die Armen der Stadt Namslau verwendet werden.
4. Eskadron Reiter-Regt. 8.

Flüchtlinge aus Posen und Westpreußen!
Haben Sie schon Ihren Schaden angemeldet? Benötigen Sie ein Darlehn zur Existenzgründung oder Existenzausbau? Wenden Sie sich sofort an die nächste Ortsgruppe des **Deutschen Ostbundes in Oels, Wilhelmstr. 3.**
Aufnahme von Schadensanträgen bezw. Darlehnsgesuchen am **Donnerstag, den 4. Dezember 1924** in **Namslau,** Hotel „zum schwarzen Adler."

Vorbestellungen auf Christbäume
nimmt schon jetzt entgegen
J. Knepper, Namslau
Telephon 100.

Hoher Verdienst
Oberreisender mit **Colonne** zum Besuch sämtl. Läden, Behörden usw. für **Stadt- und Landkreis Namslau** sofort gesucht. Referenz. erforderlich, da größeres Commissionslager gestellt wird. Schnellste Bewerbg. erb unter **T. 130** an die **O. A. E.** Ostd. Anz. Exped. Breslau II.

Dixin
macht Dir das Waschen leicht — es ist in Güte unerreicht;
beim Waschen
Scheuern und beim Putzen ist es von allergrößtem Nutzen!

Ein möbliertes
Zimmer
mit Pension sofort zu vergeben. Wo zu erfragen in der Geschäftsst. d. Stadtblattes.

Kinderwagen u. Sportwagen
empfiehlt
in großer Auswahl
S. Schwerin
Ring 17.

Weihnachts-Ausstellung

H. Leppin, Namslau

eröffnet.

Besichtigung ohne Kaufzwang jederzeit gestattet.

Zentrumspartei.

Mittwoch, den 3. Dezember, nachm. 5 Uhr bei Scharff, Böhmwitz

Große Wählerversammlung.

Es spricht:

Reichstagskandidat Herr Rudolf Kornemann

Oberst a. D., M. D. U. d. Reichswehrministeriums, **Berlin**

über:

Das Zentrum, die deutsche christliche Volkspartei.

Alle Wähler von Stadt und Land sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Reiterverein, Ortsgruppe Namslau.

Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr

Versammlung

bei Herrn Jacob.

Der Vorstand.

N. L. | **Namslauer Lichtspiele**
Grimms Hotel

Montag, Dienstag und Donnerstag, 5 und 8 Uhr.

Ein Drama aus Deutschlands schwerster Zeit.

Totenkopfreiter

in 1 Vorspiel und 6 Akten.

Die heldenhaften Taten eines der ruhmreichsten Regimenter der preußischen Armee — der Totenkopf-Husaren.

Gefahren der Berge

Sportfilm in 4 Akten.

Das Berliner Reiter-Turnier mit dem Namslauer Reiterverein.

Zu den 5 Uhr Vorstellungen haben auch Jugendliche Zutritt.

Zum Weihnachtsfeste

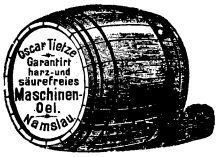
empfehle ich mein **reichhaltiges Lager** in

Schuhwaren
Hüten und Mützen.

Es enthält außer Qualitätsware eine große Auswahl in billigeren Artikeln.

A. Kornau, Namslau

Klosterstraße 1.



Wagenfett, Maschinenfett, Dichtungen, Schläuche, Carbolineum, Eisenlack, Pinsel, Farben, Fussboden-Lacke, Benzin, Benzol.

Oscar Tietze

Germania-Drogerie.

1 kleiner Kastenwagen
1 starker Kasten- und Leiterwagen
1 zweirädiger Wagen

zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Namsl. Stadtblattes.

Verlangen Sie nur

„Pick"

Dieselbe garantiert für längste Brenndauer.

Thienel, Namslau

Rathaus.

Stadtpark-Baude.

Donnerstag, den 4. November cr.

Großes

Schweinschlachten

vormittags ab 11 Uhr:
Wellfleisch und Wellwurst.
abends ab 5 Uhr:
Wurstabendbrot.

Kartoffel-Flocken

hat abzugeben

A. Haselbach.

Zigarren-Räumungsverkauf

Billiges Angebot für Verbraucher und Händler.

Banderole	10	12	15	20 Pfg.
Verkaufspreis	7½	9	11	15 Pfg.

Gute Qualitäten! Große Auswahl!

H. Kristin

Klosterstraße 16.

Achtung! Achtung!

Billige Weihnachts-Aepfel

ab Lager, alle Sorten, hat abzugeben.
Preis von 8 bis 13,— G.-Mk. pro Zentner.

Joh. Krawatzek

Telephon 217. **Namslau.** Telephon 217.

Ed. Seiler, G. m. b. H.

Pianofortefabrik (Liegnitz 1849)

Vertreter: Stadtkapellmstr. Grimm—Kreuzburg.

Aufbewahren! **Weitergeben!**

Wahlbeilage der Deutschen Volkspartei

Nummer 1 | Willst Deutschland glücklich du und frei, Dann wähl' die Deutsche Volkspartei! | Breslau 29. November 1924

Was für einen Reichstag brauchen wir?

Von Staatssekretär z. D. **Freiherrn von Rheinbaben.**

„Wir müssen durch die Wahl am 7. Dezember eine Regierungsbildung erzwingen, die sich auf die breite Gruppe der großen, nationalen, staatserhaltenden und aufbauenden Volksparteien stützt." So steht es in unserem Schlesischen Wahlaufruf. Was soll diese Forderung bedeuten?

„Parlamentarische Schwierigkeiten" waren es, die angeblich die Auflösung des Reichstages und damit den Verlust kostbarer Zeit für positive, praktische Arbeit herbeiführten. Demgegenüber muß das deutsche Volk wissen, daß eine Mehrheitsbildung mit der großen staatserhaltenden und aufbauenden Volkspartei durchaus möglich gewesen wäre. Spät, leider sehr spät hatte sich am 30. 9. die Deutschnationale Volkspartei als Gesamtpartei auf den Boden der Beschlüsse der Londoner Konferenz gestellt und sie ausdrücklich als geltendes und bindendes Recht bezeichnet. Daneben hatte sie in programmatischer Formulierung sich ebenso spät, aber immerhin doch für die Regierungsbildung im Oktober rechtzeitig genug, wiederholt zur Mitarbeit am gegenwärtigen Staat, gestützt auf die Weimarer Verfassung, bereiterklärt. Der Druck der Linksparteien, der Sozialdemokraten und der Demokratischen Partei, hat die Entschlüsse des Reichskanzlers dahin beeinflußt, die Mehrheitsbildung im letzten Reichstage nicht zu versuchen, sondern vorher nochmals an das Volks zu appellieren.

Welches sind nun die hauptsächlichen und grundsätzlichen Forderungen der Deutschen Volkspartei für den neuen Reichstag?

Ein Gutes wird aller Wahrscheinlichkeit nach die neue Wahl immerhin haben. Die radikalen Flügel rechts und links, Nationalsozialisten und Kommunisten, werden erheblich geschwächt werden. Auch wenn man überhaupt den Versuch macht, sie als politische Parteien zu bewerten, so findet man ein solches Durcheinander, einen solchen Wirrwar und ein so starkes gegenseitiges Bekämpfen verschiedenster Richtungen, daß die neue Volksvertretung aller Voraussicht nach von einem Teile recht unnötigen Ballastes befreit sein wird.

Leider wird ein anderer Ballast, zwar ebenfalls geschwächt, aber immerhin noch mitgeschleppt werden: Die kleinen Splitterparteien, angefangen von der Wirtschaftspartei bis zu der grotesk-komischen Häuserbewegung und andere Bestrebungen, die, so überaus unnötig, immer noch einen gewissen Prozentsatz des deutschen Bürgertums in der Ausübung seines wichtigsten politischen Rechtes, des Wahlrechtes, völlig von der Mitarbeit an dem Wiederaufbau ausschalten.

Die Deutsche Volkspartei wird im Wahlkampfe mit allen Kräften hierüber Aufklärung verbreiten und erwartet zum mindesten ein deutliches Abebben dieser höchst unnützen Eigenbrötelei.

Die Demokratische Partei marschiert im Wahlkampf Seite an Seite mit der Sozialdemokratie, ergeht sich in jeder Wahlversammlung in völlig schiefen Darstellungen und Behauptungen, ja sie scheut nicht einmal von persönlicher Verleumdung und Verunglimpfung des Parteiführers der Deutschen Volkspartei zurück. Sie befindet sich in einem richtigen Wahltrummel und ist je länger, um so weniger in der Lage, eine klare sachliche Politik zu vertreten und in Aussicht zu stellen. Sie ist auf ihrem falschen und unheilvollen Wege nicht mehr aufzuhalten und muß von der Deutschen Volkspartei mit allen Kräften energisch bekämpft werden, weil

unser Weg nach außen und nach innen ein grundsätzlich anderer ist.

Sollte die Demokratische Partei am 8. Dezember von ihren jetzigen Irrwegen nicht zur positiven Mitarbeit im Rahmen einer breiten, festen und nationalen Regierung fähig sein, so muß die Regierung eben ohne sie gebildet werden. Die mit so falschen Hoffnungen einst gegründete Demokratische Partei würde dann unter Führung einer gewissen großstädtischen Presse zum Anhängsel der Sozialdemokratie werden.

Die Sozialdemokratie hat sich aus eigenem Entschluß seit dem Herbst vorigen Jahres der Verantwortung im Reiche entzogen. Schnell gewannen bei ihr auch die radikalen Elemente stärkeren Einfluß und es erscheint ausgeschlossen, mit ihr in absehbarer Zeit die großen Aufgaben der Außen- und Innenpolitik zu lösen, die vor uns stehen. Deshalb bekämpft die Deutsche Volkspartei die irreführenden und falschen Wege der Sozialdemokratischen Partei und ist mehr denn je der Auffassung, daß gerade das Los der Arbeiter und Angestellten sich nur dann bessern wird, wenn nach den Zielen der Deutschen Volkspartei ein starker Staat und eine gesunde Wirtschaft im Zusammenhange mit der Welt draußen wieder hergestellt werden. Wenn somit die Deutsche Volkspartei der Erwartung Ausdruck gibt,

daß mit oder ohne Demokraten die neue Regierung nach rechts erweitert werden muß,

so stellt sie unmißverständlich gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei folgendes fest: Die Deutschnationalen führen den Wahlkampf in verschiedenen Teilen des Reiches unter verschiedener Parole und in verschiedener Einstellung zur Deutschen Volkspartei. Hier in Schlesien überwiegt erfreulicherweise in letzter Zeit eine Stellungnahme, die eine klare und eindeutige Lösung der Regierungsbildung nach dem 7. Dezember im Sinne der Ziele der Deutschen Volkspartei wahrscheinlich macht. Aber dieselben Leute, die jetzt mit der einst so viel geschmähten Deutschen Volkspartei zusammengehen wollen, sprachen noch vor kurzer Zeit ganz anders von ihr. Deshalb erheben wir in der Deutschen Volkspartei die klare Forderung, daß das Kernstück der neuen Regierung neben dem Zentrum, das hoffentlich unsere Wege gehen wird, keine andere Partei, als die unsere sein darf. Wir erwarten, daß am 8. Dezember das dem ganzen deutschen Volke fast zum Ekel gewordene Hin und Her der Parteien, das Gegerre um neue Regierungsbildungen sich nicht wiederholt. Es sollte nun endlich so weit sein, daß sich die verantwortlichen Führer der großen nationalen Parteien darüber klar sind, daß das Vaterland schnellen und klaren Entschluß verlangt. Mögen in der Deutschnationalen Volkspartei sich endlich die vernünftigen und verantwortungsbewußten Führer durchsetzen, so daß diejenigen, die anders wollen, zur Ohnmacht verurteilt sind, oder die Reihen der Deutschnationalen Volkspartei verlassen.

So wollen wir eine starke und eine breite Regierung, hinter der endlich wieder eine klare Mehrheit steht.

Die positiv gesetzgeberische Arbeit und die Politik, die vor uns steht, haben wir in unzweideutiger Weise auch der Oeffentlichkeit in Schlesien mitgeteilt.

Sachliche Arbeit hat den Grundsatz nationaler Realpolitik.

Endlich ein paar Jahre der Ruhe, der Rückkehr zu friedlicher Arbeit und zu deutscher Art, zu den Grundlagen, auf denen einst das alte Deutschland ruhte.

Schlesier!

Noch einmal rufen wir Euch auf, der Deutschen Volkspartei in ihrer schweren Arbeit zu helfen.

Der Untergang des Berufs-Beamtentums wäre der Untergang des Staates!

Von einem Beamten.

Wo keine wirtschaftlich und rechtlich gesicherte Beamtenschaft vorhanden ist, da müssen Verwaltungen und Staatsbetriebe, Rechtspflege, Jugenderziehung und Religion leiden. Da entstehen auch gewaltige Gefahren für die Kultur und die Wirtschaft eines Volkes. Jeder Wirtschaftsbetrieb und jeder Bürger des Staates ist von den Leistungen der Post, der Eisenbahnen, der Zoll- und Finanzbehörden u. a. abhängig.

Ein Wiederaufbau des Vaterlandes ohne die deutsche Beamten- und Lehrerschaft ist nicht denkbar.

Deshalb ist Beamtenpolitik mehr als Standespolitik! Beamtenpolitik ist Staatsnotwendigkeit. Nach diesem Grundsatz hat sich die Deutsche Volkspartei programmatisch eingestellt; dieser Einstellung entsprach auch die durch sie erfolgte praktische Vertretung der Beamteninteressen im Parlament.

Im letzten Reichstag war die Deutsche Volkspartei als erste auf dem Plane mit einem Antrag zur Aenderung der Personalabbauverordnung (Scholz und Genossen). In ihm wurde die Aufhebung der schlimmsten Bestimmungen gefordert. (Drucksache Nr. 14.) Ein weiterer Antrag (Moraldt, Beuermann, Seibert und Genossen) verlangte schnellstens ein Gesetz zur Aenderung der Besoldungsordnung, indem besonders den untersten Besoldungsgruppen das Lebensnotwendige gegeben werden sollte. (Drucksache Nr. 44.) Dieselben Abgeordneten beantragten ein Gesetz, durch das die Benachteiligung der vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten Beamten gegenüber den später in den Ruhestand getretenen beseitigt werden sollte. (Drucksache Nr. 117.) Ein Antrag Brüninghaus und Genossen verlangte, daß die als abgegolten bezeichneten Zulagen an Angehörige der früheren Wehrmacht den jetzigen Verhältnissen neu angepaßt, schnellstens zur Auszahlung gelangen sollten. (Drucksache Nr. 62.) Außerdem waren am 8. November die Abgeordneten Scholz, Curtius, Moraldt und Brüninghaus beim Finanzminister, um ihre schwersten Bedenken gegen die übereilte Herausgabe der neuen Ortsklasseneinteilung vorzubringen.

Beamte! Ueberzeugt Euch selbst, daß die Deutsche Volkspartei Euch jederzeit sachkundig und mit Nachdruck vertreten hat.

Aber seid Euch auch dessen bewußt, daß Ihr nicht allein darauf sehen dürft, welche Partei etwa die weitgehendsten, oft überhaupt propagandistisch gemeinten Anträge zur Beamtenpolitik gestellt hat? Fragt Euch gewissenhaft, welche Partei in der gesamten Wiederaufbauarbeit des Staates am erfolgreichsten war! Als ausführende Organe dieses Staates ist

Euer Schicksal mit ihm untrennbar verbunden.

Deshalb wäre der Untergang des Staates auch der Untergang des Berufsbeamtenstandes! Ist es denkbar, daß ein Beamter eine Partei wählt, deren Endziel die Zerstörung oder Schmächung des nationalen Staates ist? Kann ein denkender Mensch einer Partei seine Stimme geben, die sich rühmt, nur einen Teil des Volkes, etwa nur „die Arbeitnehmer" zu vertreten? Wer lediglich auf Klassenvorteile bedacht ist — gleichviel, ob es der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer ist — der versündigt sich am ganzen Volke.

Warum erhebt die Deutsche Volkspartei Anspruch auf Euer Vertrauen?

Sie hat bei heißem vaterländischen Empfinden eine Politik des Mutes und der Verantwortung getrieben und damit in schwerster Krisenzeit die innere Festigung des Staates herbeigeführt. Sie hat das deutsche Volk aus der Hoffnungslosigkeit herausgeführt. Ihr Führer, Dr. Stresemann, hat eine Außenpolitik getrieben, die uns im Innern eine Atempause für den Wiederaufbau bringt und zugleich Deutschland aus seiner politischen Isolierung befreit hat.

Es geht wieder vorwärts!

Beamtinnen und Beamte!

Wählt eine Partei, die Eurem nationalen Gefühl entspricht, die liberalen Geistes ist, die aber außerdem durch ihre Tätigkeit bewiesen hat, daß sie im Aufbau des nationalen Staates die Interessen seiner Stützen und ausführenden Organe, des Berufsbeamtentums voll und warm vertritt.

Beamte und Beamten-Frauen!

Eure materielle Lage muß und soll gebessert werden! Richtet am 7. Dezember einen starken, festen Staat auf! Wählt Deutsche Volkspartei, das Kernstück dieses Staates! Keiner bleibe zurück! Wählt Liste 5!

Keiner bleibe der Wahl fern am 7. Dezember!

Die Preußenpolitik der Deutschen Volkspartei.

Von Erich Metzenthin, Korvettenkapitän a. D.

Mitglied des Preußischen Landtags.

Nach der Landtagswahl vom 20. Februar 1921 übernahm zunächst das Minderheitskabinett Stegerwald die Führung der Geschäfte in Preußen. Nur aus Demokraten und Zentrumsleuten bestehend, hatte es 115 von 427 Mitgliedern des Landtages hinter sich und kam infolge fortgesetzter p.rlamentarischer Schwierigkeiten nicht zu nutzbringender Arbeit. Im Herbst des Jahres 1921 zogen die Demokraten ihre Mitglieder aus dem Kabinett zurück und führten damals in Preußen, ebenso wie heute im Reiche, absichtlich eine Kabinettskrise herbei.

Es trat nun die Absicht zutage, die alte Regierungskoalition aus der verfassunggebenden Landesversammlung, d. h. aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, wieder aufleben zu lassen. In dieser Koalition würden die Sozialdemokraten mit 136 Abgeordneten gegenüber 105 Bürgerlichen ein entschiedenes Uebergewicht besessen und Anspruch auf mindestens die Hälfte der acht preußischen Ministersitze erhoben haben. Ein ausgesprochener Linkskurs, die völlige Zerschlagung der preußischen Verwaltung durch hemmungslose Ueberschwemmung mit unvorgebildeten Außenseitern, eine neue Aera Haenisch-Hoffmann mit religionsfeindlichen und internationalpazifistischen Idealen im Kultusministerium, sowie sozialistische Experimente auf dem Gebiet der Wirtschaft würden unausbleiblich gewesen sein. Eine solche Entwickelung mußte die Deutsche Volkspartei mit allen Kräften zu verhindern suchen. Deswegen, nicht etwa weil sie sich von marxistischen Ideen oder deren Trägern angezogen gefühlt hätte, beschloß die D. V. P., ihr ganzes Schwergewicht in die Wagschale zu werfen und forderte die Beteiligung an der Regierung. Der Landtagsfraktion war vom ersten Augenblick an klar, daß sie damit angesichts der Zahlenverhältnisse eine außerordentlich schwere Aufgabe übernahm und sich vielerlei Angriffe, auch aus den Kreisen ihrer Anhänger aussetzen würde. Wir hielten es aber für unsere vaterländische Pflicht,

aus dem Etappenleben der Oppositionspartei in den Schützengraben der Verantwortung

einzuziehen und mit aller Kraft für eine vaterländische Erziehung unserer Jugend und die Erhaltung eines leistungsfähigen Berufsbeamtentums einzutreten.

Angesichts des zahlenmäßigen Stärkeverhältnisses innerhalb der Regierungskoalition, war die Uebertragung des Ministerpräsidiums, des Innenministeriums und des Wirtschaftsministeriums an die Sozialdemokraten Braun, Severing und Siering leider nicht zu verhindern. Dagegen erhielt die D. V. P. das Kultus- (Boltz) und das Finanzministerium (von Richter).

Mag man an Einzelheiten der von Boltz in die Wege geleiteten Schulreform Kritik üben, niemand wird in Abrede stellen können, daß sie von starkem nationalen und religiösen Geiste getragen ist. Niemals hat die „Deutschkunde" so stark im Vordergrunde der gesamten Erziehung gestanden. Wie anders würde die Schulreform ausgefallen sein, wenn sie ein Haenisch durchgeführt hätte. Und wer die Jugend hat, hat die Zukunft!

Auf dem Gebiet der Finanzen ist es trotz der Hemmnisse durch die verfehlte Erzbergersche Finanzreform gelungen, den preußischen Staatshaushalt zur Gesundung zu bringen und darüber hinaus eine umfangreiche Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet durch Bau bezw. Beteiligung an der Errichtung von elektrischen Ueberlandwerken, dem Ausbau von Häfen und der Kultivierung von Oedland zu ermöglichen. Darüber hinaus hat von Richter auf dem Gebiet der Personalpolitik einen erheblichen Einfluß ausgeübt. Ernennungen in der allgemeinen Verwaltung müssen nämlich vom Innenminister und dem Finanzminister gemeinsam unterzeichnet werden. Richter hat auf diese Weise sehr viel verhindert. In den Fällen, in denen keine Einigung zwischen beiden Ministern zu erzielen war, hatte das Kabinett zu entscheiden. Leider muß festgestellt werden, daß in sehr vielen Fällen Severing die Unterstützung bestimmter „bürgerlicher" Minister fand, wenn er Gewerkschaftssekretäre oder andere unvorgebildete Leute zu Verwaltungsbeamten ernennen wollte. Immerhin kann festgestellt werden, daß z. B. von den rund 400 Landräten, die gegenwärtig in Preußen als festangestellt amtieren, etwa 330 das zweite Verwaltungsexamen bezw. die zweite juristische Prüfung bestanden haben, so daß als krasse Außenseiter etwa 70 überblieben. Zweifellos ist die Zahl zu groß. Wie würde sie aber aussehen, wenn in den letzten drei Jahren eine reine Linksregierung unter sozialdemokratischer Führung in Preußen regiert hätte.

Darüber hinaus muß festgestellt werden, daß es gelungen ist, Preußen vor derartigen Erschütterungen, wie sie auf der einen Seite Bayern, auf der anderen Sachsen und Thüringen erlitten haben, zu bewahren. Preußen ist in den zurückliegenden Jahren nach dem Urteil der verschiedensten Reichskanzler die festeste und sollbeste Stütze der Reichspolitik gewesen. Angriffe auf den Bestand Preußens, wie solche in Oberschlesien, im Westen, in Hannover seitens der Welfen und in der Groß-Hamburg-Frage stattgefunden haben, ist es gelungen, erfolgreich zurückzuweisen. Es würde ungerecht sein, wollte man nicht zugeben, daß auf diesem Gebiet die Sozialdemokratie ebenso wie die bürgerlichen Parteien ihre volle Schuldigkeit getan hat.

Die fast täglichen Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiet der Personalpolitik und in anderen Fragen zwischen der D. V. P. und der Sozialdemokratie haben sich naturgemäß in der Regel hinter verschlossenen Türen, nämlich in den Kabinettssitzungen, im interfraktionellen Ausschuß oder in Einzelbesprechungen abgespielt. Nur gelegentlich lüftete sich ein wenig der Schleier, so bei meiner Auseinandersetzung mit Minister Severing in der Vollsitzung des Landtages bei der diesjährigen Beratung des Polizeihaushaltes. Für die Art der Arbeit der D. V. P. scheint es mir auch charakteristisch, daß bei dem einzigen Auftreten des Ministers Severing in Mittelschlesien während dieses Wahlkampfes, in Brieg, kein Deutschnationaler und kein Deutschvölkischer gegen ihn aufgetreten ist, obwohl Anhänger dieser Parteien in der Versammlung reichlich anwesend waren, das hat man freundlichst mir, dem Volksparteiler, überlassen. Ich habe diese Aufgabe gern übernommen, weil es mir notwendig schien, den bedauerlichen Ansichten Severings über die Kriegsschuldfrage und andere Dinge Auge in Auge entgegenzutreten, nicht aber sie lediglich in Stammtischgesprächen zu tadeln.

Die D. V. P. ist eben gewohnt, an der Front zu kämpfen.

Gewerblicher Mittelstand und die Wahlen.

Von Malermeister Bayer, Mitglied des Preußischen Landtags.

In den Kreisen von Handwerk, Handel und Gewerbe entstehen vor den Wahlen immer wieder Zweifel darüber, wer die Interessen des gewerblichen Mittelstandes am besten vertritt. Der Name einer Splitter- und Zwergpartei, der mit dem Worte Mittelstand einseitige Hausbesitzerbelange zu verdecken sucht, hat ein gerüttelt Maß von Schuld an der Unsicherheit obiger Kreise. Die Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes, die außer dem nicht übeklingenden Namen keinerlei positive Erfolge in den verflossenen Parlamenten von Reich und Preußen aufzuweisen hat, wirft allen großen politischen Parteien vor, daß sie versagt hätten.

Es gehört schon die Demagogie dieser Gernegroße dazu, um diesen Lügennebel zu verbreiten. Wo sind denn Euere positiven Erfolge für den gewerblichen Mittelstand, meine Herren Wirtschaftsparteiler? Im verflossenen kurzlebigen Reichstag hat die durch den Bayerischen Bauernbund und durch Welfen zu einer Fraktionsstärke (15 Mann) aufgefüllte Wirtschaftliche Vereinigung — das schönklingende Wort Mittelstand ist bereits fallengelassen — zu einem Antrage für den gewerblichen Mittelstand nicht die Zeit gefunden. In Preußen verband man sich mit Welfen und Polen, um einen Antrag einbringen zu können. Bei der Reichstagswahl empfahl man in der Provinz Hannover von der Wirtschaftspartei allen Mittelständlern, die Liste der Welfen zu wählen.

Was sagt wohl hierzu der gut deutsche gewerbliche Mittelstand? Wie wirkt dagegen die zielsichere Arbeit der Deutschen Volkspartei? Gegen die Schädigungen der Regierarbeiten bei Behörden und Kommunen sind die Mittelstandsvertreter der D. V. P. im Reich und in Preußen mannhaft und führend in den Kampf gezogen, wie die Anträge das beweisen. Desgleichen für die Erhaltung der Meisterlehre und dafür, daß der Lehrling Schüler seines Meisters bleibt und nicht als jugendlicher Arbeiter in Tarife eingegliedert wird. Schon seit drei Jahren bekämpfen wir den schematischen Achtstundentag, der sich als kein Segen für unser Vaterland erwiesen hat. Die Vereinfachung der Steuer und die gerechte Verteilung der Lasten ist uns vornehmste Sorge. Die Steu-rn müssen erträglich gestaltet werden. Wir haben für die Beseitigung aller Zwangswirtschaft, auch der im Wohnungswesen, gekämpft. Wir erstreben die endliche Vorlage der Reichshandwerksordnung, damit die Organisation des Handwerks durchgeführt werden kann. Eine würdige Vertretung bei den Regierungen im Reich und in Preußen durch einen Handwerkskommissar wird unsere Unterstützung finden. Die Auswüchse der Kartell- und Trustbildungen werden von der D. V. P. abgelehnt und bekämpft. Ebenso wenden wir uns gegen eine Ueberspannung des Systems der Produktivgenossenschaften des Landbundes, die für Handel und Gewerbe eine schwere Bedrohung darstellt. Die Gedanken, Großbäckereien zu gründen, dürfen nicht verwirklicht werden. Bei unserer parlamentarischen Arbeit fanden wir bei den Deutschnationalen und im Zentrum Unterstützung.

Darum, Frauen und Männer des gewerblichen Mittelstandes, unterstützt nicht die Zwerg- und Splitterparteien. Laßt Euch durch Wahlrummel und Wahlmätchen nicht den klaren Blick rauben! Wählt die bürgerlichen Parteien, die in der Listenaufstellung beweisen, welches Interesse und welche Bedeutung sie dem gewerblichen Mittelstand entgegenbringen. Der kleine Gernegroß, die Wirtschaftspartei, hofft ähnlich wie die Sozialdemokratie, einen Aufschwung zu nehmen. Nun solange bis dies Wunder eintreten wird, kann der gewerbliche Mittelstand nicht warten. Da würde er längst zugrunde gegangen sein. In den großen bürgerlichen Parteien muß sich auch fernerhin der gewerbliche Mittelstand durchsetzen, durch Selbstbewußtsein und durch Tüchtigkeit.

Vor allem darf am 7. Dezember niemand aus unseren Mittelstandskreisen der Wahlurne fernbleiben. Allen Unschlüssigen und allen, die in Gefahr sind, der Splitter- und Zwergpartei anheimzufallen, rufe ich zu als Handwerksmeister und als Spitzenkandidat für den preußischen Landtag:

Wählt die Deutsche Volkspartei!

Sorgen der Landwirtschaft und die Deutsche Volkspartei.

Vom Landbundgeschäftsführer Ernst Kümmel.

Die Deutsche Volkspartei ist sich der Bedeutung der Landwirtschaft im Staats- und Wirtschaftsleben voll bewußt. Diesen hochwichtigen Berufsstand produktionsfähig zu erhalten, ist ihr größtes Bemühen. Nach Festigung der Währung wurde der Schleier zerrissen, der die Landwirtschaft im angeblichen Wohlstande erscheinen ließ. Das Betriebskapital war aufgezehrt; die riesigen Steuerlasten, die ihr unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Währung auferlegt wurden, waren nicht tragbar. Die Preise für die meisten landwirtschaftlichen Betriebsmittel waren weit höher, als die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Verhältnis zum Friedensstande. Betriebskredit war fast gar nicht oder nur zu unerschwinglichem Zinsfuße zu haben; Realkredite waren gar nicht zu beschaffen. Ueberfüllung des inländischen Marktes durch den Massenabstoß der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zwecks Schaffung von Betriebskapital und Steuern ließ die Preise weit unter Friedenspreis sinken.

Gleich nach Zusammentritt des vorigen Reichstages fand die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu den Nöten der Landwirtschaft in folgender Interpellation Dr. Scholz, Hepp (Präsident des Reichslandbundes) und Fraktionsgenossen Ausdruck:

„Die deutsche Landwirtschaft befindet sich in einer äußerst gefährdeten Lage, in deren Verlauf sie immer weniger in den Stand versetzt wird, ihre Aufgabe für die Volksernährung zu erfüllen.

Maßgeblich beeinflußt wird diese Lage:

durch die herrschende Kapitalnot und Zinshöhe,

durch das unwirtschaftliche Preisverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Betriebsmittel; Eingreifen des Reiches erforderlich,

durch die Steuergesetzgebung, die weit über das wirtschaftlich erträgliche Maß hinausgegangen ist und dringend einer Reform bedarf,

durch die Tarifpolitik der Eisenbahn.

Weitere Anträge von Dr. Scholz, Hepp und Fraktionsgenossen fordern:

Steuerlich einheitliche Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes in Reich, Ländern und Gemeinden,

zinslose Steuerstundungen, Rückgängigmachung von Pfändungen und Zwangsvollstreckungen,

Steuernachlaß für geschädigte Gebiete,

Ermäßigung der Umsatzsteuer.

Erreicht und durchgeführt wurde folgendes:

Beseitigung der Landabgabe, Brotversorgungsabgabe, Rhein-Ruhr-Abgabe,

Berichtigung der Wehrbeitragswerte und Erhebung der Reichsvermögensteuer auf diesen durch Abschlag bis zu 40 Prozent ermäßigten Werten; der Steuersatz bei kleinerem Vermögen um das 2½fache niedriger als bei größeren Vermögen,

Erhebung der Einkommensteuervorauszahlungen auf den ermäßigten Werten,

Ermäßigung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 und ab 1. Januar 1925 auf 1½ Prozent,

weitgehende Steuerstundungen,

Hilfe den Notstandsgebieten,

Beschaffung von Rentenmarkkrediten und Prolongation derselben, soweit es ohne Gefährdung der Währung geschehen konnte.

In Preußen ist die staatliche Steuer vom Grundvermögen von 25 Pfg. je Tausend auf 20, 15 und 10 Pfg. je Tausend beim kleineren Besitz abgestaffelt worden. Weiterer Abbau der Steuern und weitere Vereinfachung der Steuergesetzgebung müssen durchgeführt werden.

Die Deutsche Volkspartei und ihre Vorgängerin, die nationalliberale Partei, sind von jeher für den Schutz der nationalen Arbeit und damit für landwirtschaftliche Schutzzölle eingetreten. Hebung der Kaufkraft der Landwirtschaft als Hauptabnehmerin für Industrieprodukte im Inlande ist notwendig, um der Industrie den Inlandsabsatz und der Industriearbeiterschaft Arbeits- und Verdienstmöglichkeit zu sichern. Die Landwirtschaft braucht stabile Preise, um wieder kalkulieren zu können.

Die demokratische Partei hat, da sie sich gegen den landwirtschaftlichen Schutzzoll wandte, die in ihren Reihen befindlichen Bauernführer verloren, die sich fast sämtlich der Deutschen Volkspartei angeschlossen haben. Dies ist Beweis genug.

Die Deutsche Volkspartei ist stets für Hebung des landwirtschaftlichen Schulwesens eingetreten, sowie für Ausbau der landwirtschaftlichen Institute. Heute ist mehr denn je die zweckmäßige Anwendung wissenschaftlicher und technischer Hilfsmittel im volkswirtschaftlichen wie im privatwirtschaftlichen Interesse erforderlich.

Die Deutsche Volkspartei hat sich nicht in agitatorischer Art mit diesen Fragen beschäftigt, sondern sie hat durch positive, verantwortliche Mitarbeit in den Regierungen die berechtigten Belange der Landwirtschaft durchgeführt. Allein auf die Tat kommt es hierbei an. Getreu ihrer geschichtlichen Ueberlieferung wird die Deutsche Volkspartei nach wie vor die Hebung und Stärkung des Bauernstandes als ihr vornehmstes Ziel betrachten, denn es war einst der liberale Staatsmann, Freiherr von Stein, der gegen den Widerstand der alten Konservativen die „freien Bauern auf freier Scholle" schuf.

Darum wählt Deutsche Volkspartei!

Buchdruckerei der Breslauer Neuesten Nachrichten.